

Netzpolitik

Begleiten und gestalten

Seit dem Wahlerfolg der Piratenpartei in Berlin erfreut sich das Thema Netzpolitik großer Aufmerksamkeit. Die Internetspezialisten der etablierten Parteien wollen sich von den Newcomern nicht die Butter vom Brot nehmen lassen. Warum die Piraten sie abgehängt haben und welche netzpolitischen Positionen sie selbst vertreten, erklärten Vertreter von fünf Bundestagsparteien im Gespräch mit den zm.



Foto: ddpimages

Ob sie ihm gerade den Youtube-Kanal der Bundesregierung zeigt? Bundeskanzlerin Angela Merkel und Unionsfraktionschef Volker Kauder mit Tablet-Computer im Bundestag.

Die Kanzlerin bloggt, Abgeordnete twittern, Parteien stellen ihre Ideen online zur Diskussion. Als Kommunikationsmedium nutzt die Politik das Internet schon längst. Oder anders betrachtet: Keine Partei kann heute mehr darauf verzichten. Das bestätigten die Politiker von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke unisono (siehe Kasten). Alle sind sie bestrebt, Bürgernähe auch im Netz zu suchen.

Für die Mitglieder des Bundestags gehört es andererseits zur Aufgabe, den Prozess der Digitalisierung politisch und gesetzgebend zu begleiten. Dazu betreiben alle fünf auf Bundesebene vertretenen Parteien Expertenarbeitskreise, teilweise seit vielen Jahren. Trotzdem gelang es ihnen nicht, die

Netzpolitik so erfolgreich ins Gespräch zu bringen wie die Piratenpartei.

Ein neues Lebensgefühl

Die Piraten haben die Netzpolitik nicht erfunden, das behaupten sie selbst am allerwenigsten. Viele ihrer Inhalte befürworten auch die Kollegen aus den etablierten Parteien. Große Einhelligkeit herrscht unter anderem bei der Forderung nach einem freien und gleichberechtigten Zugang zum Internet für alle Bürger, insbesondere für Einkommensschwache und für Menschen in Regionen ohne schnelle Datenleitungen. Ganz auf einer Linie mit den Piraten liegen Linkspartei, Grüne und FDP mit ihrer Absage an

die Vorratsdatenspeicherung. Für die Popularität der Piraten nennen die befragten Netzpolitiker unterschiedliche Gründe. „Den Piraten ist es gelungen, ein neues Lebensgefühl zu vermitteln und zu vermarkten“, erklärt Jimmy Schulz, Internetexperte der FDP-Bundestagsfraktion. Halina Wawzyński, netzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Die Linke, kommt zu dem Schluss: „Der Politikstil, den die Piraten pflegen – also Transparenz und raus aus isolierten Politikstrukturen – ist anziehend für viele Menschen.“

Nur teilweise mit Netzpolitik und vielmehr mit Protest habe der Sieg in Berlin zu tun gehabt, findet Malte Spitz, der im Bundesvorstand der Grünen für die Netzpolitik verantwortlich ist. Michael Kretschmer, Vorsitzender des netzpolitischen Arbeitskreises der CDU, sieht darin alleinig ein Protestsignal. Lars Klingbeil von der SPD nennt noch einen weiteren Grund. Die Anziehungskraft der Piraten ergebe sich aus der Möglichkeit der direkten Beteiligung. „Man kann Politik zwar in Echtzeit verfolgen, aber nicht in Echtzeit mitreden. Das stört viele“, so der netzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion. Den Sieg der Piraten sieht er als große Chance für die Netzpolitik: „Das Interesse daran ist spürbar gewachsen. Ich habe auch schon vorher dafür geworben, aber es hat wenige interessiert. Die Bereitschaft, sich damit zu beschäftigen, ist jetzt viel größer – aber es hat den externen Einfluss der Piraten gebraucht.“

Exotenstatus schwindet

Auch Klingbeils Kollegen in den anderen Bundestagsparteien stellen fest, dass die Netzpolitik immer öfter Thema in ihren Par-



Foto: picture alliance

Der Erfolg der Piraten bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl 2011 bringt die etablierten Parteien dazu, sich stärker mit Netzpolitik zu beschäftigen.



Foto: Piratenpartei Pressefoto

teien ist. Lange Zeit sei das anders gewesen, erzählt FDP-Mann Schulz: „Für viele Politiker war das Internet ein Exoten-Randthema, das eine rein technische, aber keine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Bedeutung hatte. Das ist jetzt vorbei. Die Parteien und ihre Führungen haben erkannt, dass Digitalisierung und globale Vernetzung unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie nachhaltig verändern.“

Dass das Thema Digitalisierung im politischen Tagesgeschäft ankommt, zeigen auch die Parteitage der vergangenen Wochen und

kommenden Monate. Sowohl Bündnis 90/Die Grünen als auch die SPD brachten umfangreiche netzpolitische Leitanträge zur Abstimmung, und die FDP arbeitet an einem netzpolitischen Positionspapier. Es soll als wesentlicher Bestandteil in das FDP-Grundsatzprogramm eingehen, das die Liberalen auf ihrem Parteitag im März 2012 beschließen wollen.

Die grundsätzliche Formulierung netzpolitischer Ziele ist laut der fünf Experten not-

wendig, um auf die wirklich wichtigen Themen des digitalen Wandels hinzuweisen. Ein zentraler Punkt für Klingbeil ist die massive Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung: „Es gibt völlig neue Berufsbilder in der Internetbranche, die viele selbstständige Beschäftigungsverhältnisse hervorbringen. Unternehmen lagern Arbeitsbereiche

an Selbstständige aus. Außerdem arbeiten immer weniger Menschen an einem festen Ort zu festen Zeiten. Der klassische Betriebsbegriff löst sich auf. Das ist ein Thema, das die komplette Wirtschaft betrifft und dessen sich die Politik annehmen muss.“

Medienkompetenz zu vermitteln, bezeichnen alle fünf Sprecher als eine weitere Hauptaufgabe von Politik. „Im Umgang mit

	1. Chance oder Gefahr – Wie steht Ihre Partei zum Internet?	2. Welche netzpolitischen Themen sind Ihrer Partei besonders wichtig?	3. Ist Politik ohne den Kommunikations- kanal Internet noch möglich?
 <p>Foto: Sascha Nolte</p> <p>Die Linke Halina Wawzyniak, netzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion</p>	<p>Das Internet bietet bisher ungekannte Chancen für Transparenz in Politik und Gesellschaft sowie für Partizipation und Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Wir möchten alle Menschen ermutigen, sich aktiv in diese Prozesse einzubringen und den Kulturraum Internet mitzugestalten. Die Linke tritt daher für die Sicherung eines freien und offenen Internets ein.</p>	<p>Die Linke richtet ihre Netzpolitik nach der sozialen Frage, also der Frage nach sozialer Gerechtigkeit und Freiheit aus. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialer Lage die Chancen des Internets nutzen können. Deshalb streiten wir für einen garantierten Zugang zum Internet für alle Menschen und vielfältige Bildungsangebote im Bereich der Medienkompetenz. Dazu gehört auch die Ablehnung von Zensur und Sperren sowie ein emanzipatorischer Jugendschutz ohne Verbots- und Bewahrpädagogik.</p>	<p>Eine verantwortungsvolle Politik ist heute ohne das Internet kaum noch möglich. Allein die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politikerinnen und Politikern wird durch das Netz massiv erleichtert und gefördert. Ich freue mich, dass Menschen mich bei Facebook oder Twitter direkt ansprechen und ich mit ihnen einen echten Dialog führen kann, an dem sich auch andere beteiligen können.</p>
 <p>Foto: Hans-Martin Dewitz-Martin jpp</p> <p>CDU Michael Kretschmer, Vorsitzender des netz- politischen Arbeitskreises</p>	<p>Die Digitalisierung birgt viel mehr Chancen, als wir es heute ahnen: grenzüberschreitenden Wissensaustausch in Echtzeit, neue Wirtschaftsmodelle, zunehmende politische Einflussmöglichkeiten und vieles mehr. Gefahren gründen insbesondere auf dem verbreiteten Mangel an Wissen über technische Grundlagen und Funktionsweisen des Internets. Deshalb liegt eine der größten Herausforderungen darin, mittels Bildungsmaßnahmen Medienkompetenz zu vermitteln.</p>	<p>Wir müssen einige bestehende Gesetze den digitalen Veränderungen anpassen, insbesondere das Urheberrecht und den Datenschutz. Wir wollen Medienkompetenz, Open Access und Open Data fördern und Anonymität im Netz auch weiterhin ermöglichen. Ich persönlich bin gegen eine Vorratsdatenspeicherung, die Auskunft darüber gibt, wer wann mit wem und wo in Kontakt war. Hingegen ist die Speicherung der IP-Adressen und die Rückverfolgung des Nutzers erforderlich, um Kriminalität im Netz zu ahnden.</p>	<p>Die tagtägliche Kommunikation mittels diverser digitaler Kanäle ist eine Bereicherung für die schnelle und direkte Verständigung mit dem Bürger. Wir sind zu jeder Zeit für jedermann an jedem Ort erreichbar und können umgekehrt Antworten geben. Das Internet stärkt unsere Demokratie, Bürger sollten die ihnen gegebenen Möglichkeiten auch in diesem Sinne nutzen.</p>

dem Netz besteht sowohl in weiten Teilen der Bevölkerung als auch in Parteikreisen Unkenntnis über Funktionsweisen und Mechanismen“, gibt Kretschmer, zu bedenken. „Die Gefahren im Netz bestehen vor allen Dingen, weil viele nicht wissen, dass es sie gibt. Deswegen brauchen wir eine breit angelegte Aufklärung zum Internet.“ Die Linkspartei betont den Aspekt soziale Gerechtigkeit. „Zur Netzpolitik gehört es sicherzustellen, dass Menschen mit geringem Einkommen am Kulturraum Internet teilhaben können“, so Wawzyniak. Um das zu gewährleisten, sollte der Staat die Anschaffung internetfähiger Hardware erstatten und kostenlose W-LAN-Netze bereitstellen.

Diskussion versachlichen

Das Internet werde in der Politik meistens als Gefahr und nicht als Chance betrachtet, bedauern die Netzpolitiker der Bundestagsparteien. Sie hoffen, dass mit wachsendem Wissensstand Vorurteile und angstbestimmte Debatten verschwinden. „Oft wird in der Diskussion über die Digitalisierung Themen-Hopping betrieben. Es fehlt eine klare Linie“, beobachtet Spitz. „Die Debatten sind sehr schnelllebig. Hat man sich beispielsweise vor zwei Monaten über den Bundestrojaner aufgeregt, ist es ein paar Wochen später etwas Anderes. Der Fehler ist, die Debatten nicht zu Ende zu führen. Die Parteien müssen ler-

nen, die Themen der Netzpolitik kontinuierlich weiterzuentwickeln.“

Nicht populistisch, sondern sachlich lautet die Forderung der Internetexperten. Genügend Gesprächsstoff gibt es – und auch Konfliktpotenzial. Das zeigen schon die unterschiedlichen Positionen der Koalitionspartner CDU und FDP in punkto Vorratsdatenspeicherung. Die Union plädiert aus Gründen der Strafverfolgung für die Möglichkeit, IP-Adressen zu speichern, sagt Kretschmer. Aber, fügt er hinzu: „Vorratsdatenspeicherung ist ein Punkt, der sehr gut abgewogen werden muss. Wir wollen nicht, dass Bewegungsprofile entstehen. Das Ziel muss sein, möglichst wenige und nur

	1. Chance oder Gefahr – Wie steht Ihre Partei zum Internet?	2. Welche netzpolitischen Themen sind Ihrer Partei besonders wichtig?	3. Ist Politik ohne den Kommunikations- kanal Internet noch möglich?
 <p>Foto: FDP Pressefoto</p> <p>FDP Jimmy Schulz, Internetexperte der Bundestagsfraktion</p>	<p>Das Internet generiert für unsere Gesellschaft, für unsere Wirtschaft und letztendlich auch für unsere Demokratie viele neue Entwicklungen, die wiederum unterschiedlichste, faszinierende Chancen mit sich bringen. Mit Innovationen sind immer auch Herausforderungen verbunden, die nicht ausgeblendet werden dürfen.</p>	<p>Die Freiheit im Netz zu sichern, steht im Zentrum. Sehr wichtig ist zudem, dass die neuen Chancen, die das Internet bietet auch für alle, die diese nutzen möchten, zugänglich sind.</p>	<p>Nein, Politik ist ohne Internet nicht mehr denkbar. Das Internet verbessert die Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger teilzuhaben, die Transparenz von Politik allgemein und den direkten Dialog.</p>
 <p>Foto: Grüne Pressefoto</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen Malte Spitz, Verantwortlicher für den Themenbereich Netz- politik im Bundesvorstand</p>	<p>Wir wollen die Chancen fördern und nutzen. Die Demokratisierung des Wissens, soziale und kulturelle Partizipation, Transparenz, Mobilisierung und Vernetzung. Das Internet hat unser Leben zweifelsohne massiv verändert – und wird dies weiter tun. Wir sehen das positiv, wollen diesen Prozess engagiert begleiten und nicht nur tatenlos zuschauen.</p>	<p>Wir Grüne sind der Meinung, dass man Netzpolitik ganzheitlich betrachten muss – sie umfasst nahezu alle Fachbereiche. Zentral ist für uns die Sicherung eines offenen und freien Internets, daher streiten wir für Netzneutralität und gegen die Vorratsdatenspeicherung. Wir wollen eine Internet Governance global vorantreiben und Teilhabe, auch über eine Reform des Urheberrechts, stärken.</p>	<p>Parteien und Politiker sollten mit allen Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren, Dialogformate anbieten und Informationen bereitstellen. Das Medium Internet bietet riesige Chancen für die Revitalisierung unserer Demokratie, insbesondere in den Bereichen Transparenz und Partizipation. Deswegen muss Politik das Internet nutzen, sollte es aber auch nicht nur ausschließlich tun.</p>
 <p>Foto: SPD Pressefoto</p> <p>SPD Lars Klingbeil, netzpolitischer Sprecher der Bundestags- fraktion</p>	<p>Wir arbeiten zur Zeit daran, die Chancen, die mit dem Internet und der Digitalisierung einhergehen, stärker in den Mittelpunkt unser Politik zu rücken. Das Internet bietet große Chancen für Bildung, für neue Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum. Politisch standen in den vergangenen Jahren all zu häufig Risiken und Diskussionen über Netzsperrern oder die Vorratsdatenspeicherung im Zentrum der Diskussionen.</p>	<p>Es geht um klassische sozialdemokratische Ideen: Teilhabe, Gerechtigkeit, Aufstiegschancen. Netzpolitisch übersetzt bedeuten das Themen wie die gesetzliche Sicherung der Netzneutralität. Einen konsequenten Breitbandausbau, um eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land zu verhindern. Aber auch Themen wie eine bessere soziale Sicherung von Menschen, die als Solo-Selbständige oder Kreative im Netz ihr Geld verdienen.</p>	<p>Viele Politiker haben in der Vergangenheit kommunikativ versucht, Infostand und Facebook gegeneinander auszuspielen. Ich sage, beides gehört heute zu einer modernen politischen Kommunikation dazu. Die jüngere Generation erreicht man nicht unbedingt mit der klassischen Parteiveranstaltung im Alten Dorfrug wie es die Politikergeneration vor mir gelebt hat. Gleichzeitig reicht es natürlich auch nicht aus, nur über Twitter und Facebook zu kommunizieren.</p>

Anmerkung der Redaktion: Die CSU konnte nicht zu einem Gespräch gewonnen werden.

die Daten, die wir wirklich brauchen, zu sammeln.“

Die FDP lehnt die Vorratsdatenspeicherung bekanntlich ab und setzt auch sonst nicht auf eine Internetgesetzgebung: „Es existiert bereits ein rechtlicher Rahmen. Ein Betrug

ist ein Betrug, egal, ob er per Brief oder E-Mail begangen wird. Es gibt aber durchaus Bereiche, in denen wir justieren müssen. Zum Beispiel passt das Rundfunkrecht nicht auf das Internet. In solchen Fällen müssen wir bestehende Gesetze anpassen,

aber neue Regeln und Verbote brauchen wir nicht.“

Susanne Theisen
Freie Journalistin in Berlin
info@susanne-theisen.de